

Mit der Demokratie am Ende?

I

Die Enttäuschung der Erstdemokraten

wer 1945 erstmals die Anfänge einer Demokratie erlebte, konnte guter Hoffnung sein. Die Welle demokratischer Übereinstimmung, die in Schützengräben und Konzentrationslagern, in heimlichen Verstecken und bei vielen Einzelnen während des nationalsozialistischen Terrors aufgestaut wurde, überspülte unseren arg zerzausten Staatsacker, und viele glaubten, jetzt sei eine wirtschaftlich zwar harte, aber politisch einwandfrei demokratische Periode zu erwarten. Diese Ansicht wurde nicht nur durch die alliierten Importe in Sachen Demokratie bestärkt, sondern mehr noch durch die eindruckvollen Beteuerungen aller, die schon einmal in Deutschland die Anfänge einer Demokratie erlebt haben, aus welchen Lagern, Parteien und Richtungen sie auch kommen mochten: Die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik; die Erinnerungen an das selbstmörderische Gezänk, das ihr Ende und die NS-Diktatur mitverschuldet hatte; die Galgen und Schießstände, an denen die Männer und Frauen des Widerstands ermordet wurden — das alles biete eine sichere Garantie für eine demokratische Zukunft. Jetzt sei ein für allemal gewährleistet, daß die Deutschen nicht zu Untertanen, sondern zu Demokraten erzogen und herangebildet würden.

Es kam anders. Es stellte sich heraus, daß die Leute, die anders dachten, damals nur den Mund gehalten haben, daß sie aus optischen oder opportunistischen Gründen zeitweise einen Rückwärtsgang einlegten und sich dem Sog in die demokratische Richtung anschlossen, um bei der nächsten oder übernächsten Gelegenheit möglichst unauffällig wieder umzuschalten. Lange wollten sie damit nicht warten, denn es hätte ja sein können, daß inzwischen aus den Deutschen tatsächlich Demokraten geworden wären, die ein solches Täuschungsmanöver nicht widerspruchslos hingenommen hätten. Mit einem ebenso untrügerischen und geradezu aufregenden Instinkt, mit dem Brieftauben ihren heimatlichen Schlag finden, steuerte jedoch die Mehrheit der Deutschen — nachdem sie in freies demokratisches Gelände ausgesetzt worden waren — unbeirrbar wieder in die Richtung einer altfeudalen und neofaschistischen Umgebung zurück. Unsere Väter und Urväter hatten offenbar mehr als einen Tick für Obrigkeit, Führerkult und Gehorsamsmythologie; die Erbmasse, die sie uns überliefert haben, erwies sich als kräftig infiziert von allen möglichen diktatorialen und patriarchalen Bazillen. Und es wurde ja auch eine ganze Menge dafür getan, sie nur ja nicht absterben zu lassen.

Die westdeutsche Gesellschaft hat bei ihrer erfolgschaukelnden Schwerarbeit in den letzten 15 Jahren die politische Linke auszuschwitzen versucht, als sei sie ein lästiges Fieber, das sich diese Gesellschaft im kalten Durchzug der Nazidiktatur und des Kriegsterrors zugezogen habe. Die Übereinkunft aller Davongekommenen nach 1945: sich auf dem Weg in die Zukunft links zu halten, hielt nicht lange, und bald galt wieder die alte Verkehrsregel auch für die Politik: rechts fahren. Die großen Parteien haben ihre Schwüre von 1945 gebrochen. Die CDU riskierte klugerweise einen harten Schnitt, verbrannte ihr Ahlener Programm, bekam kurzfristigen Ärger, und dann war die Sache ausgestanden. Die SPD tat sich schwerer. Man will zwar Ballast abwerfen, aber gelegentlich vergreift man sich und hievt statt eines marxistischen Sandsacks wertvolle wirtschaftspolitische Instrumente über Bord. Einige sind möglicherweise imstande und schleudern alles weg, um wenigstens das leere Schiff zu retten ... Die Folge: Die

SPD ist für manchen zum gepflegten politischen Friedhof geworden, zu dem die Hinterbliebenen verstorbenen Ideen pilgern, ohne Hoffnung, die Toten könnten auferstehen.

Da sich bei uns die großen Parteien kaum noch voneinander unterscheiden — von Zweitrangigkeiten und dem Streit um die Reihenfolge abgesehen — kommt man manchmal in arge Bedrängnis. Was ist schließlich der Unterschied zwischen der Einheitspartei eines totalitären Staates, in der es erwiesenermaßen verschiedene und sogar entgegengesetzte Richtungen gibt, und unserer demokratischen Einheitsideologie, bei der die verschiedenen Richtungen unterschiedliche Parteinaamen tragen? In Amerika und in der Bundesrepublik scheint die Überzeugung vorzuherrschen, als sei über die Grundlagen und die Richtung unserer gesellschaftlichen Ordnung keine Diskussion mehr möglich. Es könnte allerdings eine Täuschung sein, zu meinen, alle Menschen hätten sich in den herrschenden Parteien auf einen durch scharfen Antikommunismus gewürzten und dadurch bereits ausreichend schmackhaft gemachten politischen Eintopf geeinigt, und sie unterschieden sich nur in der Auffassung, diesen Eintopf lieber heiß oder lauwarm zu genießen.

Rettet die Freiheit — aber welche?

Begriffe, die einmal für alle und heute noch für viele bedeutungsvolle Inhalte hatten und sogar ein Programm kennzeichneten, wurden zu Schlagworten gefestigt, die auf die Köpfe mancher Menschen der jungen Generation ebenso wirken wie ranzige Butter auf den Magen — es wird einem übel. Der Westen und das Abendland, Frieden und Freiheit, Selbstbestimmung und Heimatrecht — damit hantieren die politischen Jongleure zu gekonnt, und sie treten mit dieser Nummer auf schwarzen, roten und farbigen Bühnen so oft auf, daß selbst mittelmäßig begabte Zuschauer allmählich den Trick durchschauen.

Es gibt keinen politischen Zollstock, mit dem sich messen ließe, wo Demokratie aufhört und Diktatur beginnt. Die Übergänge sind fließend. Die Zwischenformen zeigen alle Schattierungen einer Viertel-, Halb- und Dreivierteldemokratie, einer milden und einer terroristischen Diktatur. Und das ganze Sammelsurium ist im Schaufenster des geographischen und politischen Westens ausgestellt. Stichworte mögen genügen: Pressefreiheit und parlamentarische Demokratie in Frankreich, Politik und Kirche in Italien, Belgien und der Kongo, Spanien und Portugal, Algerien, Türkei und Korea, Südafrika und Südamerika ... Und im eigenen Land?

Nein, die Demokratie ist bei uns nicht über die ersten Anfänge hinausgekommen, sie hat auch von dem spärlichen Geländegeinn bereits wieder erhebliche Teile eingebüßt. Daß unsere Demokratie bedroht ist — auch von außen, aber noch mehr von innen —, ist keine neue Erkenntnis. Es sind allerdings nicht viele, die sie offen und ohne Verklammerungen aussprechen. In den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* wurden in den letzten Monaten einige überlegenswerte Aufsätze zu diesem Thema veröffentlicht und beispielsweise vor einer „Expertokratie hinter der Fassade der formal nicht preisgegebenen, sondern mystifizierten Demokratie“ gewarnt¹⁾ und daran erinnert, „Demokratie (sei) nicht ein durch eine Verfassung für ewige Zeiten gesicherter Zustand, sondern ein ununterbrochener dynamischer Gestaltungsvorgang, der die aktive, verantwortungsbewußte und zielklare Mitarbeit aller in Permanenz voraussetzt“²⁾,

In einem der letzten Aufsätze wurde dazu aufgefordert, man solle sich „Gedanken darüber machen, wie wir unsere ohnehin schon manipulierte Demokratie, unsere Staatsordnung, die sich viele Züge vom kommunistischen Gegner vorschreiben läßt und

1) Manfred Kühn, Die Herrschaft der Experten, GM 2/1959.

2) Lorenz Knorr, Demokratie als Erziehungsaufgabe, GM 8/1959.

damit manches verfassungsmäßig garantierte Freiheitsrecht ziemlich geringachtet, in dieser kommenden kritischen internationalen Phase behaupten und erhalten können³⁾).

Unglaubliche Demokratie

Man kann sich nicht mit dem Hinweis beruhigen, daß es ja schließlich bezahlte Berufsdemokraten gäbe, die sich von Amts wegen Gedanken machen sollten. Genau das ist ein Kennzeichen der Diktatur, die ja nicht unbedingt terroristisch zu sein braucht. In der kommunistischen oder faschistischen Diktatur sind es die Berufsfunktionäre, die das Privileg, sich Gedanken zu machen, für sich allein beanspruchen. Sie teilen ihrem Staatsvolk beispielsweise nur das mit, was der Obrigkeit ins Konzept paßt oder nicht verschwiegen werden kann. Es gibt keine neugierige Presse, die als Anwalt öffentlicher und freier Meinung eine korrigierende Funktion ausüben könnte.

Auch die westlichen Regierungen verschweigen dem Volk mehr als sie sagen. Aber diktatorische Methoden können sie sich nur ausnahmsweise leisten. Sie streben jedoch den gleichen Effekt auf anderem Weg an. Diplomaten und Minister befehligen sich mehr und mehr der Tugend, mit vielen Worten nichts zu sagen. Einige aus dem politischen Management der westlichen Allianz haben es darin zu einer Meisterschaft gebracht. Sie veranstalten Pressekonferenzen und erwecken den Eindruck ebenso sachkundiger wie offener Unterrichtung, obwohl sie die an sie gerichteten Fragen gar nicht beantworten und nur Antworten geben auf Fragen, die gar nicht gestellt wurden — wie es der Aufsichtsratsvorsitzende auf der Hauptversammlung einer altdeutschen Aktiengesellschaft macht. Versagten die Mikrophone bei politischen Lügen, Spiegel- fechtereien und Verdrehungen ihren Dienst — auch bei uns herrschte dann während der halben Zeit Funkstille.

Ein anderes Beispiel: Wie unglaublich ist die organisierte Entrüstung der bundesrepublikanischen Prominenz, wenn ein Tabu verletzt wird, das beispielsweise die deutsch-französische (Regierungs-) Freundschaft sichern soll, oder wenn einer gar die Frage der Oder-Neiße-Grenze, der Wiedervereinigung oder der sogenannten „sogenannten DDR“ aus dem Faß westdeutscher Unehrllichkeiten hochzieht und die Propagandabrühe auswirft!

Oder: Man frage im Außenministerium, in den Zimmern des Herrn Strauß, in den Länderministerien und in den Direktionsalons der Wirtschaft, man frage bei den Großgrundbesitzern, den Richtern, Staats- und Rechtsanwälten, man frage unter den hohen Beamten und den Verbandsgeschäftsführern der Industrie — wer von ihnen 1945 seine Wiederkehr für möglich gehalten hätte? Sie waren damals froh, wenn sie glimpflich durch die Entnazifizierung schlüpfen konnten, nicht selten mit Hilfe jener Leute, die das später bitter bereuten. Sie haben sich alle nur geirrt! Ob sie auch ohne 1945 ihren Irrtum eingesehen hätten? Wie viele von ihnen säßen wohl — hätten die Nazi den Krieg gewonnen — heute an derselben Stelle? Sie haben die Vergangenheit bewältigt, sie sind gerade dabei, die Gegenwart zu bewältigen, und sie werden auch die Zukunft zuschanden reiten — bei der Erfahrung!

„Demokratie ist eine Regierung der Amateure“ (Prof. C. J. Friedrich), keiner von uns ist gelernter Demokrat. Es ist unsere Sache, wir müssen selbst etwas tun. Wir können unseren Kindern nicht noch einmal erzählen, wir hätten das Unheil zwar kommen sehen, aber nichts daran ändern können. Wir glauben diese Ausrede ja nicht einmal unseren Vätern, und sie hatten noch keinen Erfahrungsunterricht hinter sich.

3) Helmut Bauer, Koexistenz und Demokratie, GM 8/1960. Vgl. auch Wolfgang Abendroth, Obrigkeitsstaat oder soziale Demokratie, GM 6/1959; Richard F. Behrendt, Gefährdung der gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie, GM 2/1960; Walter Otto, Abschied von der Freiheit?, GM 6/1960.

II

Gibt es eine Möglichkeit, den Kräfteschwund unserer Demokratie aufzuhalten? Läßt sich die Demokratie zu einer Sache des Volkes machen oder jedenfalls zu einer Sache jener Menschen, die nicht nur Einwohner, sondern Staatsbürger sein wollen? Kann das Fundament verbreitert werden, damit der Inhalt und der Bestand der Demokratie nicht von einer Handvoll Politiker abhängig sind, von denen einige redlich und andere korrupt sind, von denen einige vor allem ihr eigenes Wohl und andere das Wohl des Landes und seiner Menschen suchen, von denen einige als Wölfe in Schafskleidern und andere als Schafe im Wolfskostüm gelten müssen und wieder andere nur das zu sein vorgeben, was sie tatsächlich sind? Wie ist es zu erreichen, daß die Auswahl der Politiker nicht nur von einer kleinen Zahl Parteifunktionäre getroffen wird, auf die der parteilose Bürger keinen und das gewöhnliche Parteimitglied kaum Einfluß hat?

Es fehlt nicht an ernsthaften Überlegungen und Bemühungen, die Demokratie zu erhalten (an entgegengesetzten Überlegungen und Bemühungen ist allerdings auch kein Mangel), aber das Bündel der Schwierigkeiten scheint zu groß, wenn irgendwelche Reformvorschläge aus dem Labor der theoretischen Debatte in das rauhe Klima der Verwirklichung übertragen werden sollen. Soziologen und politische Wissenschaftler, Philosophen und Pädagogen — sie analysieren und deuten unsere Massengesellschaft und Massendemokratie, die im modernen Industriezeitalter für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung andere Wege verlangen, die nicht im Archiv der Überlieferung nachgeschlagen werden können. Gleichzeitig ist das Klage lied über die Verdummungsfolgen des Wohlstands und über die Interesselosigkeit der Masse zu einem vielstimmigen interfraktionellen Kanon geworden.

Und jetzt müßte eigentlich gesagt werden: ein Rezept gibt es natürlich nicht. So heißt es jedenfalls seit Jahren in guten deutschen Reden und Aufsätzen über dieses Thema an dieser Stelle. Selbst auf die Gefahr hin, verdächtigt zu werden, den Einfall von einem Marsmenschen auf einer fliegenden Untertasse bezogen zu haben, sei gesagt: Vielleicht gibt es doch eine Chance. Man sollte sie nicht als ein Kolumbusei betrachten, aber vorurteilslos darüber nachdenken und diskutieren und sich weder verblüffen noch beirren noch abschrecken lassen. — Die Formel dieser Chance lautet: *Der Wahlkampf muß abgeschafft, die Zahl der Wähler verringert, die Zahl der Wahlen vergrößert werden.*

Wahlkampf beseitigen

Der demokratische Zeitgenosse wird den Eindruck nicht los, daß die Methoden und Formen des Wahlkampfes in den westlichen Demokratien nahe an die Grenze der Massenkorrumpion heranreichen. Der Zwang, um *jeden Preis* Millionen Wählerstimmen einheimen zu müssen, wenn man die Macht erringen oder erhalten will, gebietet eine Schlagzeilenpolitik, die hinsichtlich der Primitivität und der Gefährlichkeit einen Pegelstand erreicht, der erschrecken läßt. Es kommt im Wahlkampf nicht mehr auf Argumente, sondern auf Instinkte, nicht mehr auf Sachlichkeit, sondern auf Hypnose an. So unterschiedlich der letzte Wahlkampf in England, die Inthronisation von *de Gaulle* in Frankreich, der eben beendete Wettlauf zwischen *Nixon* und *Kennedy* in Amerika und die vergangenen Wahlkämpfe bei uns im einzelnen auch sein mögen — gemeinsam ist ihnen, daß nicht mehr die Politiker, sondern die Psychologen und Finanziers den Ausschlag geben, daß Kanzler- und Präsidentenkandidaten wie Waschmittel und Zahnpasta verkauft werden. Der Unterschied zur Wirtschaftswerbung besteht nur darin, daß in der Politik kein Wettbewerbsgesetz die Diffamierung des

„Konkurrenzartikels“ verbietet. Demzufolge können die rivalisierenden Richtungen sich gegenseitig vorwerfen, Untergangs-, Verzicht- oder Atomtod-Politiker zu sein.

Lange vor dem Wahltermin wird das Halali zur Hetzjagd geblasen: Der wilde Wähler soll lebend gefangen, konkurrierende Jäger dagegen von vorn oder hinten abgeschossen werden. Der eine Kandidat und seine Manager spekulieren auf den Hang der Wähler zum „Großen Mann“, sie bauen einen Ersatzkaiser oder einen sozial verputzten Ersatzführer auf; der andere spannt seine Jugend oder seine hübsche Frau als zusätzliche PS vor den Karren seiner Wahlreise. Vor harmlosen Wählern und Frauenversammlungen zupfen sie an der Zither des Gefühls; bei derberem Publikum schlagen sie auf die Pauke religiöser, politischer, egoistischer und nationalistischer Leidenschaften. Der Wähler wird nicht unterrichtet, sondern eingeschüchtert oder aufgeputscht; er wird nicht in seiner Eigenschaft als Staatsbürger, als Demokrat, als freie Person mit der möglichen Fähigkeit zur politischen Willensbildung angesprochen, sondern als Landwirt, Rentner, Familienvater, Verbraucher . . . Agrarpreise und Kindergeld, Krankenversicherung und Renten, Beamtengehälter und Kaffeesteuer — das alles sind keine wirtschaftlichen und sozialen Sachfragen, sondern Wahlschlager, die von den Parteimusikern im Hintergrund komponiert wurden. Das Volk wird geradezu darauf getrimmt, sich um nichts zu kümmern, sondern sein eigenes Wohlergehen zu pflegen, weil nun einmal das letzte Heil dieser Erde im Geldverdienen und Geldausgeben bestehe. Und wer schlürft nicht die Versicherung, alle lästigen politischen Entscheidungen zur Erhaltung des privaten Wohllebens seien bei der bewährten Partei und ihrer Führung in besten Händen, wie ein süffiges Getränk in sein trockenes demokratisches Herz?

Gewiß, nicht alle fallen darauf herein; das ist auch nicht notwendig. Es geht nur um die Mehrheit. Die festen Wählerblocks, die über ihre Wählerstimme nicht selbst entscheiden, sondern ihre Entscheidung nach Weisung der Familientradition oder eines Verbandsvorstands, entsprechend den Empfehlungen auf Kanzeln und Kathedern im Abonnement beziehen, stehen erfahrungsgemäß fest. Die weiteren nennenswerten Gruppen der nachdenklichen, einigermaßen sachkundigen und urteilsfähigen Wähler heben sich gegenseitig auf; die kleine Schar der oppositionellen Intelligenz fällt *stimmgemäß* nicht ins Gewicht. Also: Die lüsterne Spekulation zielt auf die „offene Masse“, denn sie entscheidet am Wahltag über die künftige Politik, von der sie so gut wie keine Ahnung hat. Die Schäden dieser Wahlkampfpraxis ergeben einen langen Katalog. Es kann hier darauf verzichtet werden, ihn aufzuzählen, zumal eine ziemlich breite Übereinstimmung darüber vorhanden ist. Vor und nach einem Wahlkampf sind die Politiker entgegengesetzter Richtung voll guter Vorsätze — aber je näher der Wahltag rückt, um so rigorosere werden die Kampfmethoden. Einer gibt dem anderen die Schuld, eine Bosheit wird doppelt zurückgezahlt, und am Ende zerschlägt jeder Wahlkampf mehr demokratisches Bewußtsein als der vorhergegangene, mehr auch, als in der Zwischenzeit wiederhergestellt werden kann.

Der Wahlkampf läßt sich nicht verbieten, weder durch Gesetz noch durch Über-einkunft. Und selbst die Versprechungen, ihn nicht in persönliche Verketzerung ausarten zu lassen und den Wählern nicht das Schauspiel maßlos zankender Politiker zu liefern, hatten bisher allenfalls auf örtlicher oder regionaler Ebene einigen Erfolg.

Der Wahlkampf kann nur dadurch abgeschafft werden, daß man dafür sorgt, daß er niemals aufhört, daß also Wahlkampf in Permanenz geführt wird. Das halten selbst die stärksten Parteien, die einfallreichsten Werbestrategen, die Wähler mit dem dicksten Fell höchstens zwei oder drei Jahre aus. Die Politiker und die Parteien sind dann gezwungen, weniger Wahlschlager zu prämiieren als überzeugende Argumente für ihre Politik vorzutragen. Sie müssen um den Bürger werben und nicht um den Produzenten oder Konsumenten, weil auf die Dauer keine Partei den Eiertanz schadlos übersteht,

sich *jederzeit allen Interessentengruppen* aufzuschmeicheln. Daß Abgeordnete und Minister nach einer Wahl sagen können, jetzt haben wir vier Jahre lang Ruhe, ist letztlich eine Verhöhnung der Demokratie und kennzeichnet die Anfälligkeit für einen modernisierten Feudalismus, der Obrigkeits- und Hoheitsbefugnisse zwar nicht mehr lebenslänglich vererbt, aber ähnlich einer Jagdpfründe in vierjährigem Abstand verpachtet.

Mehr Wahlen — weniger Wähler

Diese Beseitigung des Wahlkampfes durch seine endlose Verlängerung läßt sich erreichen, wenn in jedem Jahr gewählt wird und nicht — wie jetzt — nur alle vier Jahre. Weil aber keine Regierung in einem so kurzfristigen Rhythmus politische Verantwortung übernehmen kann und eine kontinuierliche Politik dabei unmöglich wäre, sollten die Wahlergebnisse von jeweils drei Jahren ohne Auswirkung auf die Zusammensetzung des Parlaments und der Regierung bleiben. Diese drei Wahlergebnisse werden allerdings addiert und bei der vierten Wahl mitberücksichtigt, bei der dann auch — wie bisher — eine Neu- oder Wiederbesetzung von Parlament und Regierung stattfindet. Der jährliche Wahltermin sollte dabei innerhalb einer bestimmten Zeitspanne — etwa ein Vierteljahr — wechseln und höchstens zwei bis vier Wochen vorher bekanntgegeben werden. Wer den Termin der Wahl bestimmt, ob der Bundespräsident ihn festlegt oder ein Waisenkind das Datum aus einer Lostrommel zieht, ist unerheblich. Jedenfalls dürfen weder Regierung noch Parlament auf den Wahltermin Einfluß haben.

Die technischen Schwierigkeiten einer derartigen Reform sind nicht gering, aber sie können, wenn man will, überwunden werden. Es ist allerdings zu befürchten, daß manche Politiker — weil sie ihren Posten gefährdet sehen — gern auf die technischen Schwierigkeiten als Alibi hinweisen werden, um derartige unbequeme häufige Kontrollwahlen zu verhindern. Noch belangloser ist der Einwand, die Kosten einer jährlichen Wahl seien zu hoch. Sie sind in jedem Fall geringer als ein Wahlkampf. Außerdem darf die Demokratie ruhig auch Geld kosten — schließlich ist es das Geld der Bürger.

Die Folge einer jährlichen Wahl wäre, daß ein bestimmter Anteil der Wähler ausfällt, und zwar vor allem die Dummen und Gleichgültigen aller Richtungen; einfach deshalb, weil sie kein Interesse und keine Ahnung haben, weil sie nur durch den Propagandarummel herkömmlicher Art zur Stimmabgabe bei der Wahl stimuliert werden können. Die Wahlbeteiligung wäre also geringer — jedenfalls für einige Jahre — aber mit der heilsamen Folge, daß das Gewicht des Anteils jener Wähler größer würde, die sich aktiv um die Politik in ihrer Demokratie kümmern. Diese Wähler lassen sich weder durch Mätzchen und Varieteprogramme noch durch Massenveranstaltungen und Reklamesprüche ihre politische Meinung bestimmen. Die Politiker und die Parteien wären also gezwungen, diese Methoden aus dem Sortiment ihrer Werbung zu streichen und dafür die Unterrichtung der Wähler und die Erläuterung einzelner Sachfragen der Politik in den Vordergrund zu stellen. Man kann hoffen, daß dieser Zwang nicht nur einen anderen Stil der politischen Auseinandersetzung, sondern auch manche neue Inhalte der Politik hervorrufen würde. Wenn Politiker und Parteien wissen, daß sie in jedem Jahr eine Quittung für ihre Politik in dem überschaubaren Zeitraum eines Jahres erhalten, dann werden sie weitaus weniger in Gefahr sein, Inhalt und Methoden ihrer Politik einem sterilen Parteidogma unterzuordnen, und sie werden der etwas verschütteten politischen Phantasie — die sich heute am wenigsten bei der Regierung und beim Parlament findet — wieder größere Bedeutung beimessen.

Es handelt sich also *nicht* um ein Plebiszit im üblichen Sinn, nicht um eine Volksentscheidung zu bestimmten politischen Einzelfragen; damit wurden ja — wie wissenschaft-

liche und praktische Politiker übereinstimmend erklären — schlechte Erfahrungen gemacht. Die politische Entscheidung verbleibt in jedem Fall beim Parlament, aber dieses ist dem gesamten Volk verantwortlich und wird daran alljährlich erinnert. Die Bürger dagegen wissen, daß sie nicht bloßes Stimmvieh sind, sondern einmal im Jahr um ihr Urteil über die vergangene Politik gefragt werden; sie werden also an ihre Zuständigkeit als Bürger einer Demokratie erinnert.

Ganz sicher bedarf dieser vorgeschlagene Weg einer demokratischen Reform gründlicher Diskussionen und auch vieler Korrekturen und Ergänzungen, wenn die beabsichtigte Wirkung erzielt werden soll. Wenn allerdings dagegen das grundsätzliche Bedenken erhoben wird, die Bürger seien zu einem alljährlichen gesamtpolitischen Volksentscheid nicht fähig, dann soll man so ehrlich sein, zuzugeben, daß die Demokratie gescheitert ist, daß sie das Privileg einer Handvoll Parteifunktionäre ist; dann soll man der jungen Generation nicht das Märchen einreden, die *freie* Willensbildung eines Volkes entscheide über seine Politik. Oder gewährleistet die durch Taktik, Schmeichelei, Finanzierungsabhängigkeit und Diffamierung bestimmte Massenwahl alle vier Jahre einen fähigeren und verantwortungsbewußteren Staatsbürger? Entweder wird die Demokratie zu einer Sache all der Bürger eines Volkes, die sich als Demokraten für diese Gesellschafts-, Staats- und Lebensform verantwortlich wissen, oder die Demokratie degeneriert zur Fassade, die nicht erst durch einen militanten Kommunismus oder Faschismus zum Einsturz gebracht zu werden braucht.